



# Wege zu einer gerechten Weltwirtschaft

Unser Gastautor Wolfgang Kessler ist Ökonom und Wirtschaftspublizist. Er war von 1999 bis 2019 Chefredakteur von Publik-Forum. In seinem Beitrag für pax info 70 beschäftigt er sich mit drei Strategien für eine Welt, die Sicherheit bietet – ohne Waffen: Fairer Handel, Grundeinkommen und Geld für Naturschutz.



Die Initiative der Evangelischen Landeskirche von Baden mit dem Titel „Sicherheit neu Denken“ ist ein Leuchtturmprojekt. Sie stellt sich gegen eine Politik, die auf die wachsende globale Gewalt militärisch reagiert. Eine Strategie ziviler Sicherheit wird jedoch nur erfolgreich sein, wenn faire Wirtschaftsbeziehungen und eine gerechte Klimapolitik den Menschen in den Elendsregionen der Erde neue Zukunftsperspektiven bieten. Der Weg dahin ist steinig, aber nicht unmöglich.

## Geld für Klimaschutz

Wie eine gerechte Klimapolitik aus der Sicht des Südens aussehen könnte, demonstrierte der ehemalige Staatspräsident von Ecuador, Raffael Correa, im Jahre 2008. Er schlug der Weltgemeinschaft vor, die Rohölvorkommen unter dem riesigen Yasuni Nationalpark im Boden zu lassen, wenn die internationale Staatengemeinschaft Ecuador die Hälfte der geschätzten Einnahmen von 7,2 Milliarden Dollar erstatten. Die Regierungen des Westens lehnten diesen Vorschlag ab. Dabei könnte die Idee Correas ein wichtiges Muster einer gerechten Klimapolitik gerade für Entwicklungsländer sein: Die Industrieländer entschädigen die armen Staaten dafür, dass sie wertvolle Ressourcen im Boden lassen. Mit einer milliardenschweren Entschädigung können sie wichtige Naturschutzgebiete für die ganze Welt schützen und in die soziale Entwicklung der Bevölkerung investieren. Immerhin hat die Initiative Spuren hinterlassen: Auf den Klimakonferenzen wird derzeit über einen UN-Klimafonds verhandelt, der genau solche Initiativen wie jene Ecuadors finanzieren soll. Noch wird über die Finanzbeiträge gestritten. Dabei wäre es schon heute humaner und auch günstiger, Geld in den Schutz der Lebensbedingungen von zig Millionen Menschen zu investieren, statt Milliarden in Waffen und Militär.

## Ökofairer Welthandel

Viele kriegerische Konflikte und die wachsende Gewalt sind Folgen ungerechter Handelsstrukturen, die einseitig den reichen Ländern zugutekommen:

US-Präsident Donald Trump setzt auf „America First“. Doch auch die Europäer verfolgen egoistische Interessen. Sie liefern hoch subventionierte Nahrungsmittel aus EU-Beständen zu niedrigen Preisen nach Afrika, wo diese die lokalen Lebensmittel-Anbieter verdrängen. Rohstoffe, über die die EU nicht verfügt, lässt sie zollfrei in die Gemeinschaft importieren; für Waren mit höherer Wertschöpfung erhebt sie zumeist Einfuhrzölle, was die Entwicklung in vielen Ländern behindert, aber die EU vor unliebsamer Konkurrenz bewahrt. Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben arm.

Dass der Welthandel aber Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit fördern könnte, lässt sich am Beispiel Baumwolle zeigen: Sie wird heute zumeist zollfrei in die Europäische Union importiert, obwohl für ihren Anbau Hungerlöhne gezahlt, viel Wasser verbraucht und die Pflücker und die Böden mit Pestiziden belastet werden. Denken wir eine Alternative: Nur „fair gehandelte Bio-Baumwolle“ darf zollfrei in die EU eingeführt werden, das gleiche gilt für alle Rohwaren. Sind sie nicht fair und ökologisch zertifiziert, werden Zölle erhoben. Gleichzeitig senkt die EU die Zölle für Waren mit hoher Wertschöpfung. Die Folgen dieser Veränderung: Jetzt fördert der Handel Gerechtigkeit, Umwelt- bzw. Klimaschutz und die soziale Entwicklung. Denn nun werden ökologisch zerstörerische, auf Ausbeutung beruhende Produkte teurer, fair gehandelte und nachhaltige Produkte oder jene mit hoher Wertschöpfung aber billiger. Jetzt wachsen in vielen Ländern des Südens die Chancen für eine nachhaltige und faire Wirtschaft – als Grundlage für Frieden und Sicherheit für mehr Menschen.

### Investieren in die Armen

Doch so wichtig ein gerechter Welthandel auch ist, er wird die ganz Armen dieser Welt nicht erreichen. Ihnen hilft nur eine neue Form von Weltsozialpolitik, wie sie in einigen Regionen der Welt bereits erprobt wird. In einem Landstrich Kenias erhalten zum Beispiel 17.000 Menschen in 124 Dörfern seit rund zwei Jahren ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 22 Dollar pro Monat. Ausgezahlt wird es über ein Handy-basiertes Zahlungssystem, so dass es direkt bei den Empfängern ankommt. Die Folge: Viele Bewohner/innen verfügen zum ersten Mal in ihrem Leben über ein Einkommen und kaufen damit Lebensmittel bei lokalen Bauern, Brot in Bäckereien oder reparieren ihre Häuser. Manche Bewohner sparen auch auf ein Stück Land. Ein lokaler Wirtschaftskreislauf entsteht. Die Kleinkriminalität ist zurückgegangen.

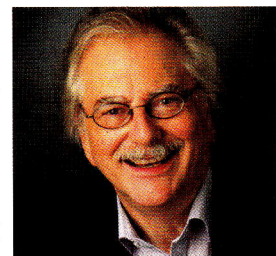
Zehn Jahre lang will die Basisorganisation Givedirectly mit diesem spenden-finanzierten Grundeinkommen zeigen, dass sich das Leben von Menschen in extrem armen Regionen nicht in erster Linie durch Hilfsprojekte verbessern lässt, sondern durch ein regelmäßiges Einkommen. Nicht finanzierbar, werden viele einwenden. Doch schon ein Teil des jährlichen Vermögenszuwachses der rund 2000 Milliardäre in Höhe von etwa 900 Milliarden US-Dollar (2017) weltweit würde genügen, um einer Milliarde Habenichtse ein Grundeinkommen von 20 Dollar pro Monat zu finanzieren. Zumindest rechnerisch. Zugegeben, der Weg zu so grundlegenden Veränderungen in der umkämpften Welt von heute ist steinig. Niemand sage jedoch, es gebe keine Strategien für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz, die einen weit höheren Beitrag für Frieden und Sicherheit leisten würden, als dies Militär und Waffen jemals leisten können. Und billiger ist eine zivile Sicherheitspolitik ohnehin.



Buchcover von Wolfgang Kesslers jüngstem Buch

Wolfgang Kessler vertieft seine Thesen in seinem aktuellen Buch „Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern“, Publik-ForumVerlag, 15 Euro.

Alle Besteller/innen bei Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel erhalten ein handsigniertes Exemplar.



Wolfgang Kessler